

Armut halbieren!

Kanton Bern soll Armut aktiv bekämpfen

Armut, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe-Kosten nehmen zu. Das zeigte auch der erste kantonbernische Sozialbericht von Ende 2008. Nun fordern Caritas Bern und eine dringliche Motion im Grossen Rat Massnahmen zur Bekämpfung der Armut. Den Fakten und Analysen sollen Taten folgen.

„Manchmal braucht es politische Arbeit für erfolgreiche Diakonie“, kommentiert Thomas Studer, Geschäftsleiter von Caritas Bern. Auf Initiative des Berner Hilfswerks unterzeichneten Grossrätinnen und Grossräte verschiedener Parteien eine Motion, die den Regierungsrat auffordert, Massnahmen zur Bekämpfung der Armut zu erarbeiten. „Der Sozialbericht der Gesundheits- und Fürsorgedirektion zeigt zum Beispiel, wie stark Kinder im Kanton Bern ein Armutsrisiko sind“, erläutert Thomas Studer: „Soziale Projekte wie von Caritas können zwar akute Not lindern. Aber um die Situation grundlegend zu verbessern, braucht es griffige Massnahmen auf staatlicher Ebene.“ Damit die Armut hierzulande halbiert werden kann, seien klare politische Schritte nötig, ist der Geschäftsleiter von Caritas Bern überzeugt.

Regierung soll aktiv werden

„Jetzt braucht es deutliche Zeichen aus der Politik“, sagt Grossrätin Andrea Lüthi aus Wynigen, Erstunterzeichnerin der Motion „Armut halbieren“, die im Juni dringlich im Grossen Rat behandelt wird: „Die Direktionen müssen zusammenarbeiten, und es braucht eine bessere Koordination von Bund, Kantonen und Gemeinden“, fordert die Geschäftsleiterin der Berner Konferenz für Sozialhilfe und Vormundschaft: „Wir sollten uns auf ein paar Massnahmen konzentrieren, damit zum Beispiel Ergänzungsleistungen für Familien Realität werden.“

Ein gemeinsames Vorgehen in der Armutsbekämpfung ist wichtig, denn diese betrifft Familien- und Bildungspolitik ebenso wie Wohnungs-, Gesundheits-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik. „Wenn der Graben zwischen arm und reich immer grösser wird, braucht es auch den Einbezug der Wirtschaft, etwa durch die Schaffung von Nischen-Arbeitsplätzen“, erklärt Thomas Studer von Caritas Bern. Armutspolitik sei viel mehr als Sozialhilfe: „Es geht nicht ums Verteilen von Hilfsgeldern, sondern zum Beispiel um bildungs- oder gesundheitspolitische Massnahmen.“ Die Überwindung der Armut sei eine umfassende gesellschaftliche Aufgabe, für die alle einen Beitrag leisten sollten. Mit der Motion im Grossen Rat soll nun die ganze Berner Regierung in die Pflicht genommen werden.

Karl Johannes Rechsteiner